

Finanzen, Kirchenrecht und Politik unter Urban VIII.

Eine unbekannte Denkschrift aus dem Frühjahr 1632

Von KONRAD REPGEN

Zu den schärfsten Vorwürfen gegen Urban VIII. zählen die schon von seinen Zeitgenossen formulierten Anklagen über die Finanzwirtschaft im Barberini-Pontifikat. Sie konzentrieren sich besonders um zwei Problemkreise: unangemessen hohe Geldzuwendungen an seine Nepoten und mangelnde Unterstützung der Habsburger und der katholischen Reichsfürsten im Dreißigjährigen Krieg.

Was die Zusammenhänge der Finanzpolitik, des Kirchenrechts und der Moral mit dem Nepotismus betrifft, so ist seit nun fast zwei Jahrzehnten ein sicherer Ansatz für alle weitere Forschung geschaffen; wir verdanken ihn den längst noch nicht genügend gewürdigten Studien von Josef Grisar¹. Daraus ergibt sich, daß manche bisherigen Annahmen weit übertrieben waren: Daß Urbans Nepoten in den 21 Jahren von 1623 bis 1644 einen Betrag von über 100 Millionen Scudi erhalten hätten², ist oft genug behauptet worden, aber sicherlich falsch; denn über derart hohe Geldbeträge hat der Papst nie verfügen können³. Aber wenn sich auch die Summe der gesamten Zuwendungen an die Familie Barberini noch nicht genau fixieren läßt, so bleibt es doch dabei, daß die Nepoten aus den diversen Einkünften des Heiligen Stuhles Gelder in einer Höhe empfangen haben, die weder der Situation der Papstfinanzen noch der Lage der Kirche

¹ J. Grisar, P päpstliche Finanzen, Nepotismus und Kirchenrecht unter Urban VIII., Rom 1945 (= Misc. hist. pont., Bd. 7 Nr. 14).

² So L. Ranke, Die römischen Päpste III, Leipzig 1907, S. 16; L. Pastor, Geschichte der Päpste XIII, 1, Freiburg i. Br. 1928, S. 261; D. Albrecht (vgl. Anm. 5) S. 563.

³ Vgl. J. Grisar, a. a. O. S. 243 ff.; F. X. Seppelt — G. Schwaiger (vgl. Anm. 6) S. 278 in diesem Punkt merkwürdig zurückhaltend.

in Europa angemessen waren. Grisar formuliert das harte, aber nicht ungerechte Wort von der „Verschleuderung ungeheurer Werte aus dem Staats- und Kircheneigentum an Verwandte“⁴.

Besonders für die deutsche Forschung seit jeher von hohem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Frage nach den päpstlichen Subsidien im Dreißigjährigen Kriege. Dieter Albrecht hat neuerlich die wesentlichen Fakten (für die tatsächlich entscheidenden Jahre von 1618 bis 1635) zusammengestellt⁵. Er kommt zu dem eindeutigen Resultat, daß Urban VIII. weniger, nein: viel weniger gezahlt hat als seine beiden Vorgänger Paul V. und Gregor XV.

Erfreulich schnell haben die Erkenntnisse Albrechts und Grisars in die deutsche Historiographie Eingang gefunden⁶, doch bleibt der Forschung über die barberinische Finanzpolitik noch sehr viel zu tun. Wir sind auch heute nicht imstande, präzise zu sagen, wie sich ab 1623 von Jahr zu Jahr die Einnahmen und Ausgaben kontinuierlich entwickelt haben. Wir wissen nicht, wie die verschiedenen Ausgabeposten allmählich oder plötzlich gegeneinander verschoben wurden. Und der konkrete jeweilige Stand der Staatsverschuldung — volkswirtschaftlich gesehen die Kernfrage⁷ — ist uns unbekannt. Solange diese finanz-, wirtschafts- und behördengeschichtlichen Probleme ungelöst sind, bleibt das historische Urteil also für weite Strecken auf Vermutungen und Kombinationen angewiesen, deren Überzeugungskraft in oeconomicis begrenzt ist.

Ganz besonders gilt das für die alte Frage, ob Urban VIII. nicht im Dreißigjährigen Krieg für Kaiser und Liga mehr Geld hätte aufbringen und ausgeben können, als tatsächlich geschah. Schon die Zeitgenossen haben in diesem Punkt mit Anklagen nicht gespart, während der Papst und seine Diplomaten stets mit der gleichen Entschuldigung operierten: Mehr, als wir tun, ist nicht möglich, weil die Kassen leer und die Anleihemärkte überlastet sind. Sagte man das, weil man es glaubte, oder benutzte

⁴ J. Grisar, a. a. O. S. 250.

⁵ D. Albrecht, Zur Finanzierung des Dreißigjährigen Krieges, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 19 (1956) S. 534/567.

⁶ Vgl. F. X. Seppelt — G. Schwaiger, Geschichte der Päpste V, München 1959, S. 291 ff., 300 ff.; vgl. aber Anm. 3.

⁷ Vgl. Cl. Bauer, Die Epochen der Papstfinanz, in: Historische Zeitschrift 138 (1929) S. 457/503; hier: S. 492 ff.

man diese stereotype Behauptung nur als bequemen, von den Verhandlungspartnern schwer widerlegbaren Vorwand? Kurz gesagt: w o l l t e — oder k o n n t e man nicht zahlen?

Einen Beitrag zur Klärung dieses Problems von einem ganz anderen Gesichtspunkt aus bietet ein bisher unbeachtetes Aktenstück aus dem Ceva-Nachlaß. Es befindet sich im Vatikanischen Geheimarchiv, Misc. Arm. III vol. 47, und gehört zu einem Dossier von drei Dokumenten, die anscheinend einmal auf Cevas Schreibtisch in einem noch erhaltenen Umschlagblatt mit dem Titel *Le ragioni per le quali il papa non può dar altri soccorsi all'imperatore* vereinigt waren⁸. Das erste dieser Dokumente trägt die Überschrift: *Denaro di Castello*. Es ist anonym und undatiert. Sein Text wird im Anhang abgedruckt.

Der genannte Band 47 enthält vor allem Aktenstücke, die im Jahre 1632 für die Mission Cevas als außerordentlicher Nuntius nach Frankreich entstanden sind⁹, daneben aber auch einen größeren Komplex von Dokumenten über Ereignisse aus dem gleichen Jahre, die dieser Sendung zeitlich vorhergingen: über Verhandlungen, die dem berühmten Protest des Kardinals Borja vom 8. März 1632 folgten¹⁰, und über die diplomatischen Bemühungen des Kardinals Peter Pázmány in Rom. Dieser verhandelte im Auftrag des Kaisers vom 28. März 1632 an zwei Monate

⁸ Misc. Arm. III vol. 47 f. 154; f. 154' ist unbeschrieben. Das Dossier besteht aus folgenden Dokumenten:

A (f. 163/164'): die hier gedruckte Denkschrift.

B (f. 155/157): eine Denkschrift, die mit historischen, politischen und finanziellen Motiven rechtfertigt, daß der Papst ohne eigene Schuld nicht in der Lage sei, mehr zu geben als die 12 000 Scudi monatlich; das sei mehr, als Paul V. getan habe! Lemma: *Sussidii o contribuzioni di denaro*.

C (f. 158): eine Beilage zu B mit dem Lemma: *Ristretto della spesa fatta nel pontificato della S^{ta} di N. S. papa Urbano VIII per occasione delli motivi di guerra in Italia per tutto il mese di settembre 1631*. Dieses Aktenstück ist bereits im Herbst 1631 entstanden, denn es wurde damals schon in der diplomatischen Korrespondenz verwendet; vgl. die Zahlen bei A. L e m a n (Anm. 9) S. 74 Anm. 3, die mit den Angaben von C übereinstimmen.

⁹ Vgl. A. L e m a n, *Urbain VIII et la rivalité de la France et de la maison d'Autriche de 1631 à 1635*, Paris-Lille 1920 (= Mémoires et travaux des facultés catholiques de Lille, 16) S. 235 ff. und passim. — In Frage kommen in Misc. Arm. III vol. 47 außer der Originalinstruktion für Ceva (f. 10/21') u. a. die eigenhändige Minute der Relation Cevas (f. 315/332) sowie diverse Chiffrenschlüssel für Ceva (f. 335/372).

¹⁰ A. a. O. f. 75/135. — Zur Sache vgl. L. P a s t o r, a. a. O. S. 431 ff.

lang wenig erfolgreich über wirklich tatkräftige Hilfe gegen Schweden¹¹.

Bereits in der ersten offiziellen Audienz vom 6. April hatte der ungarische Kirchenfürst das kaiserliche Verhandlungsprogramm entwickelt und dabei drei Forderungen gestellt¹²: erstens Beitritt des Papstes zu einer katholischen Liga (mit der Spitze gegen Frankreich); zweitens Maßnahmen des Papstes gegen die französische Unterstützung Gustav Adolfs; drittens Erhöhung der päpstlichen Subsidien für den Kaiser.

Unter dem Eindruck der Katastrophe von Breitenfeld hatte der Papst sich im Dezember 1631 entschlossen, wieder Subsidien nach Deutschland zu zahlen: 6000 Scudi monatlich erhielt die Liga, 6000 der Kaiser. Bei Punkt Drei der Forderungen Pázmánys kam es nun nicht nur auf die Höhe eventueller weiterer Hilfgelder an, sondern auch darauf, wie schnell diese mobilisiert werden könnten. Und in diesem Zusammenhang ist, wie man bisher schon wußte, die Frage ventilert worden, ob nicht der Engelsburgschatz Sixtus' V. anzugreifen sei. Freilich hat Pázmány schon am 10. April nach Wien berichtet, der Papst sei entschlossen, diese Reserven nicht anzutasten¹³. — Urban VIII. ist bei diesem Entschluß geblieben. Die Frage heißt, warum er ihn faßte.

Wie uns Clemens Bauer gelehrt hat, ist in der nachtridentinischen Periode der Stil der Papstfinanz von der Ausgabenseite bestimmt worden, und das Korrelat dazu bildete das riesenhafte Anwachsen der Staatsschulden¹⁴. Für diese ständige Kreditpolitik war der von Sixtus V. in der Engelsburg hinterlegte Staatsschatz (über 4 Millionen Scudi, davon allein 3 Millionen in Gold) ein wesentliches Element¹⁵. Jedes Antasten dieser Bestände konnte

¹¹ Darüber zuletzt (mit der Literatur) L. Pastor, a. a. O. S. 441 ff. und D. Albrecht, a. a. O. S. 557 f. — Dazu in Misc. Arm. III vol. 47 f. 136/153: *scritture pertinenti alla lega proposta dal sig. Pazman.*

¹² Vgl. Barberini an Rocci, Rom 1632 IV 10, Entwurf Benessa und Azzolini (Barb. lat. 7064 f. 46/49).

¹³ Pázmány an Ferdinand II., Rom 1632 IV 10 (Petri card. Pázmány epistolae collectae ed. Fr. Hunuy, II, Budapest 1911, Nr. 727 S. 265/267): *Certum enim est magnae praestari non posse eo, quod castelli S. Angeli thesaurum (credo ad graviora reservatum) attingere S. Stas nolit nec tam cito tantum colligi possit mediis ordinariis, quantum praesentes necessitates exigunt.* Vgl. auch die Note Pázmánys vom 9. April für Azzolini (ebd. Nr. 726 S. 262/265, hier: 264, Punkt 6), sowie zum ganzen L. Pastor, a. a. O. S. 445 f.

¹⁴ Cl. Bauer, a. a. O. S. 492.

¹⁵ Vgl. J. Grisar, a. a. O. S. 208 f.

unabsehbare finanzpolitische Konsequenzen heraufbeschwören; denn die sagenhaften Goldreserven im Castel S. Angelo¹⁶ waren als Sicherung oder Gegenwert für die durch Anleihen stetig wachsende Staatsverschuldung kaum zu entbehren. Man könnte deshalb vermuten, daß volkswirtschaftliche Überlegungen, finanzpolitische Erwägungen und anleihetechnische Gesichtspunkte für die erwähnte Entscheidung des Papstes eine Rolle gespielt hätten. Wie das hier veröffentlichte Dokument beweist, war das nicht der Fall. Nicht finanztechnische Unvermeidbarkeiten, sondern politische Gründe haben den Ausschlag gegeben¹⁷. Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß — ohne Rücksicht auf die Auswirkungen für das gesamte päpstliche Finanzwesen — zehn Jahre später der Engelsburgschatz im Castro-Krieg, also gewissermaßen für das Privatinteresse der Familie Barberini, um über 700 000 Scudi vermindert worden ist¹⁸; denn Nepotismus bedeutete in diesem Zusammenhang ebenfalls nichts anderes als politische Entscheidung und Politik. Für Papst und Kurie war deshalb im Frühjahr 1652 die Frage, ob die sixtinischen Reserven für den deutschen Katholizismus angegriffen werden dürften, ein Politikum, wurde aber — und das ist ganz bezeichnend für das Barberini-Pontifikat — in der Form eines *Rechtsproblems* behandelt. Die dem uns unbekanntem Gutachter¹⁹ gestellte Frage dürfte etwa gelautet haben: Ist es bei

¹⁶ F. S. Tuccimei, *Il tesoro dei Pontefici in Castel S. Angelo*, Roma 1937, war mir nicht zugänglich.

¹⁷ Voraussetzung dieses Urteils ist zwar ein *Argumentum e silentio*; es ist aber wohl vertretbar; denn nur in der hier gedruckten Denkschrift wird die Frage erörtert, ob die Engelsburgbestände anzugreifen seien. In den anderen Dokumenten wird diese Frage überhaupt nicht behandelt.

¹⁸ J. Grisar, a. a. O. S. 209: 704 986 Scudi; L. Pastor, a. a. O., XIII 2, Freiburg i. Br. 1929, S. 874 f. sprach nur von 500 000.

¹⁹ Nachdem A. Kraus in den Jahren 1956—58 die Behördengeschichte Urbans VIII. erforscht und seine umfangreiche Photothek identifizierter Hände im Römischen Institut der Görres-Gesellschaft bereits vorläufig benutzbar gemacht hat, ist es methodisch eigentlich nicht zu vertreten, auf die Bestimmung des Schreibers anonymer Denkschriften aus der Zeit Urbans VIII. zu verzichten. Wenn es hier dennoch geschieht, so deshalb, weil der Beitrag in Deutschland geschrieben werden mußte und dem Verfasser nur seine bereits 1955 in Rom angefertigten Abschriften zur Verfügung standen.

Es ist jedoch ziemlich sicher, daß das von Kraus erstellte Arbeitsinstrument eine nähere Identifizierung des Schreibers (und damit des Verfassers) dieser Gutachten ermöglichen würde.

der augenblicklichen militärisch-politischen Lage in Deutschland nach den Bestimmungen in den respektiven Konstitutionen Sixtus' V. erlaubt, den Staatsschatz in der Engelsburg anzugreifen? Er mußte also zwei Fragen behandeln: Erstens, was sagen die Bestimmungen Sixtus' V.? Heranzuziehen waren dafür die drei Konstitutionen vom 21. April 1586²⁰, vom 6. November 1587²¹ und vom 27. April 1588²², von denen die erste die wichtigste ist, weil die beiden anderen auf sie Bezug nehmen²³. Zweitens aber war zu erörtern, welche Konsequenzen sich aus diesen Bestimmungen ergäben, wenn man die Lage in Deutschland berücksichtigte. Rein juristisch ließ sich also nicht argumentieren; denn das Urteil über die deutsche Situation setzte Kriterien voraus, die nicht aus den Normen des Kirchenrechts stammten.

Der Papst hatte 1586 festgelegt, daß die Reserven in der Engelsburg nur in sieben bestimmten Fällen angegriffen werden dürften²⁴: I. Krieg zur Eroberung des Heiligen Landes; II. effektiver Beginn eines allgemeinen europäischen Feldzuges gegen die Türken; III. unerträgliche Hungersnot und Seuchen [im Kirchenstaat]; IV. unmittelbare Gefahr des Verlustes eines katholischen Landes an Ungläubige oder Feinde der Kirche; V. militärischer Einfall in den Kirchenstaat; VI. Krieg wegen Bedrohung oder Abfall von Teilen des Kirchenstaates; VII. Heimfall und Sicherung eines Teiles des Kirchenstaates. Angesichts der Forderungen Pázmány's schieden selbstverständlich die Fälle I bis III und V bis VII von vornherein aus. Aber lag hier nicht ein klassisches Beispiel für Fall IV vor? *Si manifestum periculum immineat, ne aliqua ex christianis provinciis ab infidelibus et catholicae ecclesiae hostibus occupetur*, dann — hieß es 1586 — kann unter gewissen Kautelen auf den Staatsschatz in der Engelsburg zurückgegriffen werden. Und Pázmány schrieb deshalb in der entscheidenden Note

²⁰ Text: Bullarium diplomatum et privilegiorum sanctorum Romanorum pontificum, Taurinensis editio, VIII (1572—1588), Turin 1865, Nr. 45, S. 693/700.

²¹ Text: A. a. O., Nr. 108, S. 939/943.

²² Text: A. a. O., IX (1588—1602), Turin 1865, Nr. 125, S. 1/4.

²³ Eine bequeme Übersicht über diese Bestimmungen bei L. Pastor, a. a. O. X, Freiburg i. Br. 1926, S. 93. — Die wichtigsten Stellen werden in den erläuternden Anmerkungen S. 70 ff. abgedruckt.

²⁴ Vgl. zum folgenden S. 71 Anm. 5.

vom 9. April: *Qui ternas Sixti V bullas legerunt, existimant casum praesentem, defensionis videlicet principum ecclesiasticorum contra infideles, ex iis casibus esse, quibus attingi possint thesauri in castello depositi* ^{24a}.

Im fünften Abschnitt seiner Denkschrift nimmt der Gutachter zu diesem Problem Stellung, und zwar in einer Art, die der heutige Leser kaum ohne Verwunderung zur Kenntnis nehmen kann. Da wird nämlich zunächst mit dürren Worten erklärt, militärisch sei die Situation für die Katholiken eher günstig als ungünstig — man bedenke, daß die schwedischen Truppen damals an der Donau standen! Und im übrigen gelte Fall IV nur, wenn keine anderen Hilfsmittel erschließbar wären. Aber davon könne nicht die Rede sein: Es fehle Deutschland keineswegs an anderer Hilfe von außen. Das Reich solle zunächst die Geldmittel seiner eigenen Vasallen und Lehnsträger mobilisieren — oder einen Teil seines Gebietes abtreten, um den Rest zu retten. Außerdem habe der Papst seit Dezember 1631 bereits 48 000 Taler Subsidien gezahlt — es werde also von anderer Seite den Deutschen geholfen. Deshalb kämen Subsidien aus der Engelsburg nicht in Frage.

Es ist nicht anzunehmen, daß diese Bemerkungen ironisch gemeint waren. Deshalb läßt sich schwerlich die Vermutung unterdrücken, daß die juristische Interpretation auf dem besten Wege sei, Rabulistik zu werden. Dieser Verdacht wird noch bestärkt durch die Wortklauberei, die der Verfasser sich im sechsten Abschnitt leistet. Es entspricht zwar dem Wortlaut der Konstitutionen von 1587 und 1588, wenn er sagt, daß dort die Benutzung des Engelsburgschatzes für Rückeroberung katholischer Königreiche oder Feldzug gegen irgendwelche Feinde der Kirche an die gleichen einschränkenden Bedingungen geknüpft würde, die 1586 für Fall I und II angeordnet seien ²⁵. Diese Klausel lautete: *Si pro recuperatione Terrae Sanctae et generali contra Turcas expeditione bellum aliquando suscipiendum erit, tuncque etiam postquam christianus exercitus comparatus erit ac mare ad ipsorum Turcarum fines traiecerit*, erst dann dürfen die Gelder angetastet werden ²⁶. Entsprechen aber die Folgerungen des Gutachtens von 1632 auch dem Geist dieser Bestimmungen des 16. Jahrhunderts? Die von

^{24a} P á z m á n y epistolae Nr. 726 S. 264.

²⁵ Vgl. S. 72 Anm. 8.

²⁶ Vgl. S. 71 Anm. 5.

Sixtus formulierten Vorbedingungen sind, wie der Gutachter ausführt, im Augenblick nicht erfüllt. Denn erstens geht es in Deutschland nicht um eine *speditione generale de principi catolici*. Das war der Punkt, den in diesen Tagen Pázmány dem Papst zum Vorwurf machte: Frankreich hilft nicht dem Kaiser, sondern unterstützt Schweden! Zweitens sprächen die Bullen von „Königreichen“; verlorene „Königreiche“ aber könne man nicht zurückerobern, weil das von Schweden okkupierte Gebiet aus Ländern und Herrschaften bestehe, die keine „Königreiche“ seien. Außerdem heiße es bei Sixtus „Königreiche“ im Plural, nicht „ein“ Königreich. Derzeit sei jedoch nicht einmal ein einziges Königreich gefährdet; denn Böhmen — das allein in Frage kommende „Königreich“ — sei fast ganz in kaiserlicher Hand.

Evidentermaßen sucht hier nicht der Jurist nach einer Interpretation, die dem Politiker erlauben würde, das sixtinische Gold im Krieg gegen Gustav Adolf einzusetzen, sondern umgekehrt: das Recht steht im Dienst einer politischen Konzeption, die diese Konsequenz nicht wünscht. Dazu paßt nicht nur die militärisch-politische Beurteilung der Lage in Deutschland im siebten und achten Abschnitt des Gutachtens²⁷, sondern vor allem der lange Abschnitt neun. Dort wird nämlich mit seltener Klarheit entwickelt, welche politischen Gründe es gewesen sind, die der juristischen Interpretation vielleicht den Weg, sicher aber das Ergebnis vorgeschrieben haben. Indirekt wird damit also auch die Frage beantwortet, warum man nicht zahlen wollte.

Der Gutachter geht davon aus, daß die Bestände in der Engelsburg vornehmlich den Bedürfnissen des Kirchenstaates zu dienen hätten — nicht aber den Bedürfnissen der Kirche. Mit anderen Worten: Der leitende Gesichtspunkt darf nicht aus den Pflichten des Papstes als Oberhaupt der Kirche deduziert werden, sondern ist aus dem Interesse seines Staates zu entwickeln. Nun sei zwar die Situation im Kirchenstaat so, daß fast alle von Sixtus vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt seien. Hungersnot, Seuchen, Krieg gegen den Kirchenstaat sei tatsächlich zu befürchten. Aber noch sei die Lage nicht so bedrohlich, daß man raten könne, den Engelsburgschatz anzugreifen, um dieser augenblicklichen Schwierigkeiten Herr zu werden. Denn Rückgriff auf diese Geldreserven

²⁷ Sie steht in bemerkenswertem Kontrast zu den damals aus Deutschland in Rom einlaufenden Berichten.

wäre, wie die Bulle von 1586 festgelegt hatte, dasselbe, als ob man Immobilien der Kirche veräußere. Und das wolle doch wohl niemand vorschlagen. Auch dürfe der Kirchenstaat nicht mit Hilfe des Engelsburggeldes jenseits der Alpen verteidigt werden. Zudem sei der Papst bei der miserablen Lage der Finanzen des Heiligen Stuhls nicht imstande, den sixtinischen Konstitutionen entsprechend den Engelsburgschatz sofort wieder zu ergänzen, wenn er einmal benutzt worden sei. Und schließlich sei die Stimmung der Bevölkerung des Kirchenstaates erklärtermaßen gegen Verwendung dieses Geldes für den Krieg in Deutschland.

Das Fazit des Gutachtens heißt deshalb: Wir können nicht nur nicht, nein, wir dürfen den Staatsschatz im Castel S. Angelo nicht für Subsidien in Deutschland verwenden; es würde den Bestimmungen Sixtus' V. und den Interessen des Kirchenstaates widersprechen.

Ob damit im Prinzip die gesamtpolitische Konzeption Sixtus' V. richtig erfaßt worden ist, diese Frage soll hier nicht erörtert werden. In der Institution des Papsttums war die Leitung der Weltkirche mit der Herrschaft über einen italienischen Mittelstaat verknüpft. Das mußte immer Spannungen zwischen Kirchenstaatsräson und gesamtkirchlichem Interesse erzeugen. Die Art, wie das Gutachten von 1632 ohne Vorbehalte eine einseitige Lösung zugunsten des Kirchenstaates findet, gibt also einen Schlüssel zur Erklärung des Verhältnisses von Finanzen, Kirchenrecht und Politik unter Urban VIII.: Man wollte kein finanzielles Engagement übernehmen, das den Interessen des Kirchenstaates nicht entsprach. Weil man diese politische Entscheidung aber in der Form eines Rechtsproblems behandelte, wurde das Kirchenrecht im gleichen Augenblick zur Dienstmagd italienischer Mittelstaatspolitik.

Anhang

1. *Le bolle di Sisto V non possono stendersi a caso alcuno non specificato in esse, ancorché vi sia eguale, o maggior ragione, come si dice nella prima bolla § Si vero alii*¹.

¹ *Bullarium . . . Romanorum pontificum, Taurinensis editio, VIII S. 696 f. (Nr. 43 § 5): Si vero alii casus inciderint, qui etiam maiorem ex aerario promendae pecuniae rationem haberent, nolimus tamen . . . extensionem fieri aut ullo modo de illis interpretari licere. Sed nostram hanc ordinationem constitutionemve ad litteram intellegi debere decernimus.*

2. *La medesima bolla si devono intender ad literam, e non è lecito in verun modo interpretar le dette § Si vero*².
3. *Chiunque muove parola di cavar il detto danaro da Castello fuor de casi espressi, e prescritti in dette bolle, incorre la scomunica, il periurio, e l'altre pene di esse § Id quoque statuimus*³.
4. *L'ultima bolla di Sisto nella narrativa dice, che gli eretici crescevano, e minacciavano maggiori danni in Francia, et in Germania*⁴. *Ma queste parole sono nella pura narrativa, e come per causa remota di accumular il denaro. La dispositiva poi si restringe alli casi precisi ne quali solamente è lecito cavar il detto danaro, et in detta dispositiva non si repete Francia, né Germania.*
5. *Per farsi luogo al caso espresso in dette bolle nel § His itaque, in verso Si manifestum*⁵.

[1.] *Bisogna che il pericolo di perdersi una provincia catolica sia manifesto, et hoggi per gratia di Dio le armi cattoliche sono in tale stato, che vi è più da spettare che da temere.*

² Vgl. Anm. 1.

³ *Bullarium VIII S. 697 f. (Nr. 43 § 9): Id quoque statuimus et sancimus, ut omnes et singuli . . . , qui de pecuniis ex eodem aerario praeter casus et formam supra praescriptos sumendis amovendisve tractarint, consuluerint, insinuerint, suaserint aut suadere tentarint, eo ipso sententiam excommunicationis incurrant, a qua nisi ab ipso pontefice, praeterquam in mortis articulo, absolvi nequeant; ac praeterea S. R. E. sedisque apostolicae iidem rebelles laesaeque maiestatis rei esse censeantur omnibusque ecclesiis, monasteriis et aliis per eos quomodolibet obtentis ecclesiasticis beneficiis eo ipso privati, cum ad illa tum ad alia in posterum obtinenda inhabiles existant. Quod si aliquando eos reintegrari contigerit, nihilominus infames etiam remaneant nec vero umquam iis ad honores, gradus dignitatesque in posterum aditus patefiat.* ⁴ *Bullarium IX S. 2 (Nr. 125 § 1).*

⁵ *Bullarium VIII S. 695 f. (Nr. 43 § 2): . . . supradictam . . . summam . . . Christo . . . , Mariae ac . . . Petro . . . et Paulo ea lege offerimus atque dicamus, ut inde, ne nobis quidem eam neque totam nec vero partem aliquam etiam minimam promi umquam liceat, praeterquam si pro recuperatione Terrae Sanctae et generali contra Turcas expeditione bellum aliquando suscipiendum erit, tuncque etiam postquam christianus exercitus comparatus erit ac mare ad ipsorum Turcarum fines traiecerit; si praeterea tanta annonae et rei frumentariae inopia sit, ut fames populo interitum allatura videatur aut si pestilentiae lues grassetur; si manifestum periculum immineat, ne aliqua ex christianis provinciis ab infidelibus et catholicae ecclesiae hostibus occupetur, tuncque subsidii tantum ferendi causa [Sperrung vom Verfasser]; si bellum contra statum S. R. E. in Italia inferretur, tuncque dumtaxat cum iustus atque integer exercitus in ipsos etiam ecclesiasticae ditionis fines pervaserit vel prope iam sit, ut qui loca finitima invaserunt ad occupandam civitates et loca ditionis ecclesiasticae irrumpant; si belli sumptus faciendus erit pro civitatis, quae temporali ditioni sanctae Romanae ecclesiae subiecta ab ipsius oboedientia (quod Deus avertat) defecerit, recuperatione et conservatione aut pro civitate ac ditione, quae ad sedem apostolicam devolveretur, recuperanda et observanda; si quando quis in eam se intraderet seu occuparet aut occupationis et intrusionis periculum instaret atque urgeret.*

2. Si richiede che la provincia catolica sia invasa ab infidelibus et catholicae ecclesiae hostibus.

3. Si dispone che il danaro si dia subsidii tantum ferendi causa. Dunque in difetto d'ogn'altro aiuto. Ma alla Germania non mancano altri aiuti, e prima deve valersi de' suoi tesori di quelli de' vasalli, o feudatarii dell'imperio, che sono in Germania, o fuori. Et anco alienar parte di stati per salvar il tutto. Inoltre la sede apostolica dà 12 000 tallari il mese, e già ne ha pagate 4 mesate, cioè 48 000⁶; dunque non si può metter mano al danaro di Castello quale ha da esser solo in sussidio, o mancamento d'altro danaro.

Finalmente S. Stà ha concesse in Spagna le decime di 660 000 scudi, tutte in un anno affine di spenderle in soccorso dell'imperadore⁷. Onde tanto meno può parlarsi del detto danaro subsidiario.

6. Per giustificare il secondo caso di dette bolle § *Declarantes nostrae voluntatis etc.*⁸, cioè che possa cavarsi il detto danaro per la ricuperatione delli regni occupati da qualunque nemici della chiesa catolica Romana, e per l'espeditone che contra esse si decretasse, e facesse nella maniera che nella presente bolla si dispone per la ricuperatione di Terra Santa, e per la generale speditone contro Turchi.

Primieramente si ricerca che si decreti, e si faccia speditone generale de' prencipi catolici.

Secondo, che si faccia per ricuperare regni occupati, dunque non per altri stati, o giurisdizioni inferiori a regni, e forse non per un regno solo, parlando la bolla in plurale.

Terzo, hora non siamo nel caso d'alcun regno occupato, poiché quasi tutta Behemia, e massime le piazze forti sono in potere dell'imperadore.

7. Se si riguarda alli essempli: né Clemente VIII, né Paulo V in maggiori pericoli, anzi occupationi seguite di Ungheria, e di Germania posero mano nel detto danaro.

8. L'imperio stette in maggior angustia in tempo di Paulo V: perdita Bohemia, ribellata Slesia, Moravia, Austria Superiore, et Inferiore, assediato cesare in Vienna, occupata l'Ungheria da Gabor, il Palatinato non acquistato come hoggi, le fortezze della Sassonia Inferiore in mano de' nemici, et non in mano delle forze imperiali come hoggi. All'hora nimici potenti in campo: il Palatino, Hassia, Brunsvic, Virtembergh, Durlac, arcivescovo [!] d'Albersta[dt, e] Magdeburgh, il

⁶ Zur Sache vgl. D. Albrecht, a. a. O. S. 555.

⁷ Zur Sache vgl. L. Pastor, a. a. O. XIII, 1 S. 434.

⁸ Bullarium IX S. 2 f. (Nr. 125 § 2): ... *decies centena millia aureorum in ... arce ... S. Angeli ... recondimus, reponimus et collocamus ... iisdem omnino legibus et conditionibus, quae in prioribus nostris ... constitutionibus praescriptae et praefinitae sunt. Declarantes nostrae voluntatis mentisque esse ut quod in ipsis prioribus constitutionibus de recuperatione Terrae Sanctae et generali expeditione contra Turcas dictum fuit, idem etiam bonum obtineat quoad omnes has Deo dicatas pecuniae summas in recuperatione regnorum a quibuscumque catholicae Romanae ecclesiae hostibus occupatorum et in expeditione quam contra eosdem decerni ac fieri contigerit.*

Die gleiche Bestimmung schon in der Bulle von 1587 (Bullarium VIII S. 940 [Nr. 108 § 2]).

Mansfelt, il Transilvano. I quali ben pareggiavano, se non superavano Suetia, e Sassonia, e loro adherenti.

9. Il detto danaro fu principalmente riposto per i bisogni della sede apostolica, e dello stato ecclesiastico, come apparisce nella prima bolla § *Nam cum illius*, verso *Eorum praecipue commodis*⁹, e nel § *Quod igitur ibi*, ne aliquando repentina vi etc.¹⁰.

E però nel § *His itaque adducti*¹¹, si enumerano i casi di carestia di vitto, pestilenza, guerra contro lo stato ecclesiastico, disobediencia d'alcuna parte di esso, e conservatione di città, e luoghi del medesimo. I quali casi, o la maggior parte, cioè fame, pestilenza, e guerra ragionevolmente possono temersi.

Si va dubitando di contagio anco adesso in varii luoghi vicini.

Le differenze de Venetiani per li confini non sono ancora sopite, e non può sapersi l'esito del negotio delli commissarii deputati.

Il viceré di Napoli minaccia al nuntio di rotture, e 'l card. Borgia qui protesta. Non si crede né l'uno, né l'altro di mente del re, ma ad ogni modo son cose che obligano a tenere, e non a cavar il danaro.

Tiene su le porte d'Italia occupati li passi Roano, e Fera è armato con 12 000 fanti, e 2 000 cavalli, e Toras vicino a Pinerolo ha gente da calar in Italia, si che per questo ancora si può temer guerra; e di già il duca di Parma vorrebbe 2 000 fanti per sospetti.

Sisto V dichiara, e dispone che i danari di Castello siano come gli altri beni immobili della chiesa Romana; nella prima bolla § *Extra hos*, verso *Statuentes*¹², e nella seconda, e terza § *Has autem*, verso *Tandemque Deo*¹³. E nessuno si crede che consiglierebbe ad alienare i beni immobili della chiesa Romana per i correnti affari.

Quando il medesimo pontefice nel detto § *His itaque adducti*¹⁴ parla del caso che si mova guerra allo stato ecclesiastico, non vuole che si cavi il detto danaro, se prima l'esercito nemico non è entrato, o non stà vicino, et in procinto d'entrare nel medesimo stato ecclesiastico. Dunque molto meno si può cavare il danaro stesso per far difesa di là da' monti.

Vuole, e commanda la bolla che cessando l'occasione per la quale il detto danaro può cavarsi da castello, subito, et intieramente ve se ne rimetta altrettanto. Dunque per necessario antecedente non si può cavare, quando è certo che non si può rimettere. Ma questa impossibilità della sede apostolica hoggi è notoria, poiché si sà quanto sia impegnata, et indebitata. Talmente che se non ostassero le bolle, et i giuramenti, nessun' altra causa di levar il detto danaro sarebbe più urgente che quella di disdebitare in parte la medesima santa sede. Ordinano le medesime bolle che ne' casi prescritti non possa levarsi già mai più di 500 000 scudi, e questi non in una volta, ma per partes, et paulatim, cosa che S. Stà la fa con altro danaro che per pagamenti menstrui arriva a 144 000 tallari l'anno¹⁵.

⁹ Bullarium VIII S. 694 (Nr. 45). ¹⁰ Ebd. (§ 1). ¹¹ Vgl. Anm. 5.

¹² Bullarium VIII S. 696 (Nr. 45 § 3).

¹³ Bullarium VIII S. 941 (Nr. 108 § 5), IX S. 3 (Nr. 125 § 4).

¹⁴ Vgl. Anm. 5.

¹⁵ Die am 20. Dezember 1651 zugestandene Summe von 12 000 Scudi monatlich.

Il popolo Romano, e le comunità dello stato ecclesiastico reclamano appresso S. Stà per decreti pubblici de loro consigli al cavar di detti danari, allegando esser state accumulate del loro sangue, et havere, e per i loro pubblici bisogni. E vedendosene spogliare si disgustarebbono, e disanimarebbono sommamente ¹⁶.

Veramente le bolle di Sisto sono tanto strette, e per la loro estrema puntualità è così pericoloso il fare alcun motivo, o istanza di cavar il detto danaro da castello, che ciascheduno mentre vi sia qualche dubbio, o non vi sia somma, et irrefragabile chiarezza, deve astenersi dal contravenire alla loro materia proibitoria. E massime gli ecclesiastici, i quali per tale azione almeno appresso il mondo, et appresso huomini anco periti possono entrar in opinione d'incorso in scomuniche, e periurii, e d'allacciamenti in irregolarità, celebrando poi, e mescolandosi in ministrations di sacramenti, o azioni pontificali, in questo caso il dubbio astringe a elegger la parte più sicura, quando anche vi fusse dubbio ¹⁷. Ma la cosa è chiara per la negativa, et è impossibile però che vi concorran le quattro parti del sacro collegio, quali anche ne' casi chiari vi si ricercano.

¹⁶ Vgl. L. Pastor, a. a. O. XIII, 1 S. 446.

¹⁷ Vgl. die Strafbestimmungen, oben Anm. 3.